



Antrag

der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Keine Zustimmung von Schleswig-Holstein zur Elbvertiefung

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf,

- a. der geplanten weiteren Elbvertiefung nicht zuzustimmen.
- b. belastbare Aussagen aus dem Beweissicherungsprogramm zu den Auswirkungen der letzten Elb-Vertiefung zu erarbeiten und dem Landtag zu überlassen.
- c. für die langfristige Deichsicherheit an der Elbe zu sorgen.
- d. den Staatsvertrag mit Hamburg über die Verklappung von Baggergut zu kündigen und bei neuen Verhandlungen eine für Schleswig-Holsteins Westküste verträgliche Lösung durchzusetzen.
- e. für eine Ablagerungskonzeption des Baggergutes aus dem Hamburger Hafen zu sorgen, die nicht zur Verschlickung von Häfen an der Schleswig-Holsteinischen Westküste und von Brunsbüttel führt.
- f. sich für die Erarbeitung eines Norddeutschen Hafenkonzeptes einzusetzen.

Begründung:

Die geplante nochmalige Elbvertiefung wird die bestehenden ökologischen Probleme wie das jährliche Sauerstoffloch in der Unterelbe voraussichtlich vergrößern. Weiterhin muss der drohende Meeresspiegel-Anstieg bei den Ausbauplänen berücksichtigt

werden. In den nächsten Jahrzehnten darf es im Interesse der Sicherheit von Hunderttausenden von Menschen nicht mehr nur darum gehen, wie man den Fluss den Bedürfnissen des Menschen anpasst. Es muss stattdessen eine gezielte Vorsorge für die Deichsicherheit geben. Vor einer Diskussion über eine weitere Elbvertiefung müssen belastbare Aussagen aus dem Beweissicherungsprogramm der letzten Vertiefung vorliegen.

Das Volumen des ausgebaggerten Schlicks aus dem Hamburger Hafen hat in den letzten 10 Jahren fast um das Zwanzigfache zugenommen. Dies wird auf die durch die Elbvertiefungen ausgelöste höhere Fließgeschwindigkeit der Unterelbe zurückgeführt. Dieser Schlick wird in der Nähe von Helgoland verklappt und belastet auch mit Schadstoffeinträgen die Westküste. Zukünftig ist das Baggergut so abzukippen, dass die Verschlickung der Westküstenhäfen verhindert wird.

Auf Kosten der Steuerzahler und der Natur wollen die Bundesländer Hamburg, Bremen und Niedersachsen drei Seehäfen mit Milliardensubventionen ausbauen. Eine vernünftige Kooperation der Häfen wäre billiger und käme mit weniger ökologischen Eingriffen aus. Die gleichzeitige Vertiefung von Außenweser und Unterelbe zusätzlich zum Neubau eines Tiefwasserhafens in Wilhelmshaven bedeutet eine Absage an ein norddeutsches Hafenkonzept. Die große Koalition in Berlin finanziert damit alle Konkurrenzprojekte im Seehafenbereich ohne jede Koordination oder Schwerpunktsetzung. Die Folge wird eine Verschärfung der Konkurrenz der norddeutschen Häfen sein, die nun in die nächste Runde des ruinösen Ausbau- und Subventionswettbewerbs geht, zu Lasten der öffentlichen Haushalte.

Karl-Martin Hentschel
und Fraktion